

Gastkommentar zum Chalandamarz im Engadin

## Mädchen an die Glocke?

Manche Leute sind rastlos auf der Suche nach etwas, worüber sie sich ereifern können. Nach Politikern, Bankern, Klimakleibern entdecken sie gender-angerostete Traditionen. Zum Beispiel Chalandamarz.

Zuvor noch: Knabenchöre. Singen herzerfrischend, klar, die Wiener Sängerknaben, die Thomaner in Leipzig, die Regensburger Domschatzen. Doch warum nur Buben!? Schluss mit dem alten «sexistischen» Zopf, verlangen Mütter und klagen ihre Töchter in die Chöre ein – Streitpunkt: Ungleichbehandlung, total unkorrekt, erst noch monoton. Bringt nicht Durchmischung erst Impulse, Klangfarbe, Zwischentöne? Wie beim New Work: Diversität = kreativ, also produktiver?

Wie das musikalisch läuft, wollte man in Berlin wissen. Man bot den Rundfunk-Kinderchor auf, liess die Mädchen-gegen die Knabengruppe antreten: Wer kommt höher? Wer singt kräftiger? Wer hält die Töne länger aus? Resultat: dreimal klar die Knaben. Im Youtube-Video ist alles wissenschaftlich erklärt, Kehlkopf, Lungenvolumen, Mädchenstimmen etwas «behauchter» und so weiter.

Interessanter noch: Mit Mädchen benehmen sich Knaben anders, sind geniert oder wollen punkten. Unter sich sind sie ganz für Musik da. Singen kräftiger, sensibler, Ich-vergessener. Ergo: Geschlechter trennen = Eigenarten stärken. Diversität kommt von divers, nicht von gemixt. Darum singt in englischen Kathedralen mal der Mädchenchor, mal der Knabenchor. Separat kommen Stärken besser in Schwung als im aufgemischten Berücksichtigungsprozess.

Café fédéral

## Ein Politinstrument für alle Fälle

Es ist vielleicht nicht die schärfste Waffe im politischen Nahkampf, aber dafür ist sie schnell zur Hand: die Forderung nach Aufklärung. Weil Politikerinnen und Politiker selber oft auch wissen, dass das noch nicht nach viel klingt, kommt die Aufklärung selten ohne ihr Präfix aus: lückenlos. Der Kollaps der Credit Suisse, die Budget-jongliererei der Armee, die Bananen eines Berner Regierungsrats – fast wirkt es, als mache der Wunsch nach Aufklärung einen Sachverhalt erst zum Skandal. Wobei es ironischerweise oft Finanzlöcher und andere Abgründe sind, welche tiefstürend aufgearbeitet werden sollen.

Die studierte Schwester der lückenlosen Aufklärung ist indes die totale Transparenz. Das ist lateinisch, was verbirgt, dass es de facto das Gleiche bedeutet. Dass man sich das sparen könnte, ist allerdings im Wort selbst schon enthalten.

Nun ist Aufklärung in der Politik immer gut, denn sie bedeutet, frei nach dem deutschen Philosophen Kant, den Ausgang des Menschen aus seiner Unmündigkeit (ob selbst nach Aufklärung einen Sachverhalt erst zum Skandal. Wobei es ironischerweise oft Finanzlöcher und andere Abgründe sind, welche tiefstürend aufgearbeitet werden sollen.)

## «Ohne die Freude am Unterschied passiert nichts.»

sie ist der Brauch ein Umzug wie andere, so etwas wie ein kollektiver Kindergeburtstag.

Hört man Einheimischen zu, gewinnt der Chalandamarz seine eigene Bedeutung als Fruchtbarkeitsfest, als Initiationsritual – mit den Glocken als klar phallisch besetztem Symbol. Gefeierte wird nicht «die Jugend», sondern die emotionale und körperliche Spannung zwischen den erwachenden Geschlechtern. Die Buben zeigen, was sie zu schleppen vermögen – die Mädchen beobachten, taxieren, zuvor und danach haben sie ihre eigenen Rollen, durchaus dominante.

In Samedan fragt der Bub das Mädchen, ob es ihm die rösas (die Papierblumen) herstelle – und dann mit ihm zum Ball gehe. Je nach Benehmen des Buben nimmt das Mädchen an, die Selektion liegt also in ihrer Hand. Der weibliche Blick entscheidet über die Chance des Buben. In Celerina lädt das Mädchen zusätzlich zum Mittagessen. Beim Ball trägt es seinen Hut, zusammen stapfen sie die mitternächtliche Polonaise.

Also wiederum: Diversität kommt von divers, nicht von gleichgestellt. Ohne die Freude am Unterschied passiert nichts. Keine Handlung, keine Geschichte, kein Drama. Die Forderung nach unterschiedslosem Mitmachen zieht der Tradition den vitalen Kern. Macht Chalandamarz zum Allerweltsmug, zum gemischten Glockengaudi.



Ludwig Hasler  
Philosoph und Publizist

Geht heute definitiv nicht mehr, wer «aufgeschlossen» ist, muss das bekämpfen. Vor allem zugezogene Unterländer rebellieren gegen die «Diskriminierung» ihrer Töchter. Für

## Coronavirus

# Impfopfer bleiben auf den Kosten sitzen

Deutschland hat 467 Gesuche um Schadenersatz wegen Impfnebenwirkungen gutgeheissen – die Schweiz noch kein einziges. Nicht nur deshalb fühlen sich Personen, die nach der Coronaimpfung an schweren Nebenwirkungen leiden, ohnmächtig.

Kari Kälin

Es war eine beispiellose Impfkampagne. Mehr als 6 Millionen Menschen haben in der Schweiz mindestens eine Impfdosis gegen das Coronavirus erhalten. Für die Weltgesundheitsorganisation ist klar: Die Impfung war ein Segen und hat Millionen Menschenleben gerettet. In seltenen Fällen, gemäss Zulassungsstudien bei etwa 0,02 Prozent der Geimpften, entwickeln Personen aber nach der Spritze in den Oberarm lang anhaltende gesundheitliche Beschwerden. Man spricht vom Post-Vaccination-Syndrom (Post-Vac). Eine international anerkannte Definition dafür existiert noch keine. Die Betroffenen sind ähnlich wie bei Long Covid. Dazu gehören zum Beispiel starker Schwindel, Brustschmerzen, Kurzatmigkeit, chronische Erschöpfung oder Kopfschmerzen.

Im Juli 2022 haben Betroffene den Verein Post Vakzin Syndrom Schweiz (PVS) gegründet. Die Selbsthilfegruppe zählt rund 250 Mitglieder. Viele unter ihnen leiden unter schwersten Nebenwirkungen, sind bettlägerig, ganz oder teilweise arbeitsunfähig oder permanent auf den Rollstuhl angewiesen. Präsident ist Gregor Haab. Der Ingenieur aus Baar im Kanton Zug stiess zum Verein, weil seine Ehefrau und seine Tochter nach der Impfung starke gesundheitliche Probleme bekamen.

Für Long-Covid-Betroffene gab es vor kurzem gute Neuigkeiten. Ein Team um Professor Onur Boyman, Direktor der Klinik für Immunologie am Unispital Zürich, deckte den zugrunde liegenden Mechanismus dieser schwer fassbaren Krankheit auf. Ob auch die Post-Vac-Patienten dank dem Durchbruch Hoffnung schöpfen können, ist nicht klar. Nebenwirkungen zur Coronaimpfung lägen nicht in seinem Forschungsgebiet, sagt Boyman.

Gemäss der Zulassungsbehörde Swissmedic gibt es in der Schweiz rund 700 Verdachtsfälle mit lang anhaltenden Nebenwirkungen nach der Coronaimpfung. Das heisst, dass mindestens eine der gemeldeten Reaktionen 180 Tage nach Beginn der Reaktion als «nicht erholt» beschrieben wurde. Nesselbier und Juckreiz seien dabei die beiden häufigsten gemeldeten Reaktionen, wie eine Analyse solcher Fälle im vergangenen Herbst ergeben habe, sagt ein Swissmedic-Sprecher.

Bis Ende Januar sind bei Swissmedic 17 600 Verdachtsmeldungen eingetroffen, knapp 7000 wurden als schwerwiegend eingestuft. Die Meldenden definieren dabei selber, ob sie die Fälle als «schwerwiegend» einschätzen. Laut einem Swissmedic-Sprecher wurden bei schwerwiegenden Fällen am häufigsten Symptome wie Fieber, Kopfschmerzen, Müdigkeit, Schwindel oder Atemnot angegeben. Von massiv heftigeren Symptomen berichtet die Familie Hirt aus Uster. Vor einem Jahr hat CH Media über ihre Situation berichtet. Michael Hirt, Ökonomen HSG und Ingenieur ETH, hat sein Arbeitspensum auf etwa 50 bis 60 Prozent reduziert, um sich um seine 56-jährige Ehefrau Corinne und den erwachsenen Sohn Cedric, 22, kümmern zu können. Beide leiden seit der mRNA-

Impfung im Jahr 2021 an POTS (Posturales orthostatisches Tachykardiesyndrom). Hirnnebel, Müdigkeit, Konzentrationsschwächen und ein Kreislauf, der verrückt spielt: An ein selbstständiges Leben und eine Erwerbstätigkeit ist nicht zu denken. Corinne Hirt ist stärker eingeschränkt als ihr Sohn. Manchmal kann sie 50 Meter am Stück laufen, dann benötigt sie wieder den Rollstuhl. Sie verbringt 16 bis 20 Stunden pro Tag im Liegen.

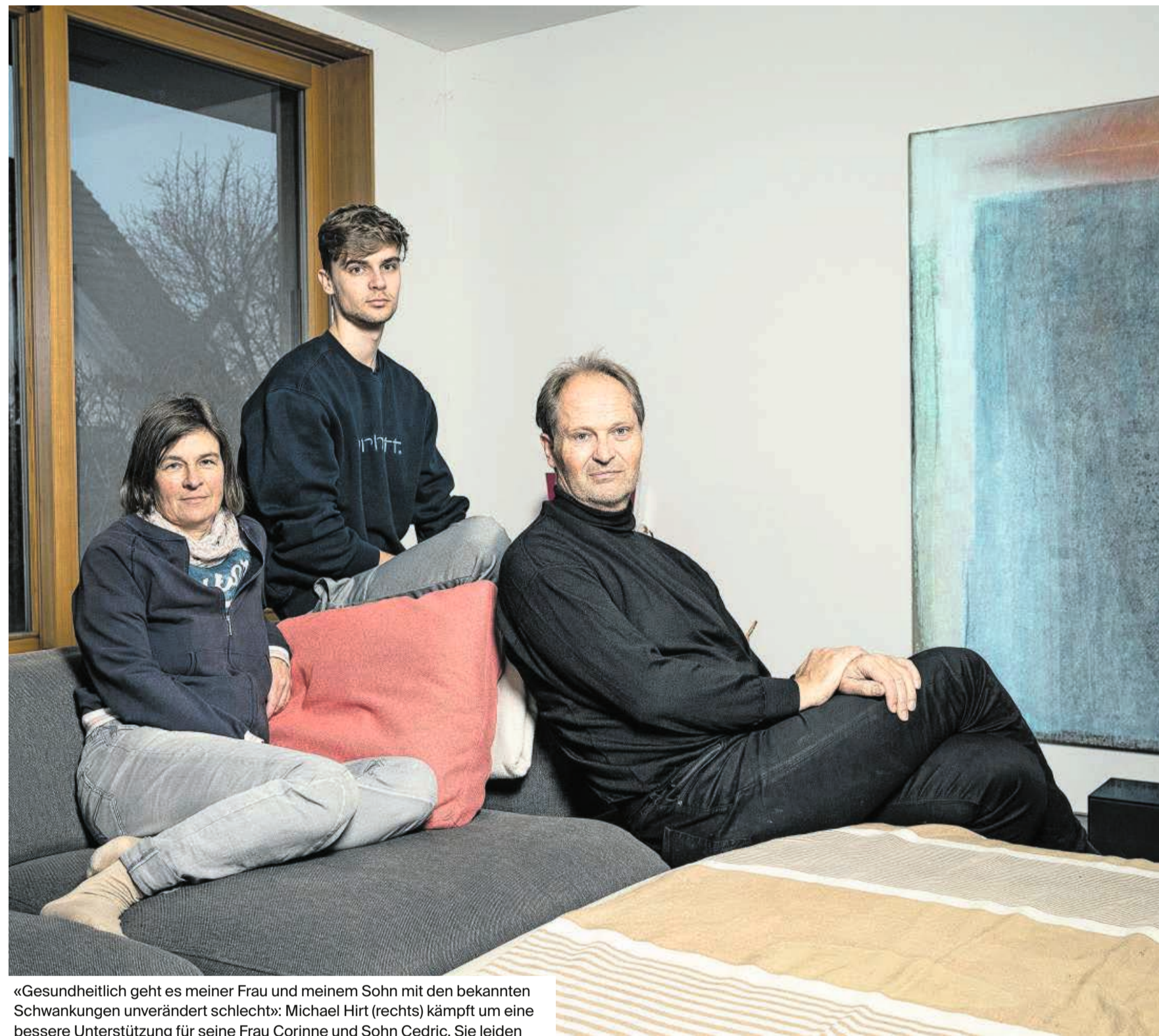
Wie geht es der Familie heute? «Gesundheitlich geht es meiner Frau und meinem Sohn mit den bekannten Schwankungen unverändert schlecht», sagt Michael Hirt. Immer wieder gibt es starke Rückfälle. Noch immer fehlt es an adäquaten Behandlungsmöglichkeiten. Die Familie Hirt musste sich ein Jahr gedulden, bis sie eine Physiotherapie erhielt, die sie von daheim machen kann. Eine psychiatrische Begleitung fand die Familie im Kanton Thurgau. Dort lebt Corinne zeitweise bei einer Freundin. Cedric, früher ein talentierter Squash-Spieler, musste unterdessen sein Psychologie- und Biomedizinstudium an der Universität Zürich abbrechen; die Matura hatte er dank guter Vornoten geschafft.

In den letzten zwei Jahren musste die Familie rund 130 000 Franken an Gesundheitskosten selber zahlen, weil die Krankenkasse die Behandlungen und Therapien nicht deckt. Der Grund: Die Krankenkassen sprechen Leistungen anhand der WZW-Kriterien. Corinne Hirt nimmt Medikamente und Therapien, die in den Augen der Krankenkassen diese Kriterien nicht erfüllen, weil gesicherte Studien über die Wirksamkeit fehlen. Michael Hirt zeigt sich befremdet: «Es handelt sich um Therapien, die wesentlich dazu beitragen haben, dass Corinne nicht vollständig bettlägerig wurde und in ein Heim eingewiesen werden musste.» Ein Gesuch für Schadenersatz und Genugtuung beim Bund ist seit Monaten hängig. Während Corinne Hirt von der IV eine Vollrente erhält, verzögert sich das Prozedere bei Cédric. Für Versicherungs- und Schadenersatzfragen hat Hirt einen Anwalt engagiert.

Hirt ist Mitglied im Verein Post Vakzin Syndrom Schweiz. Dessen Präsident Gregor Haab weiss es aus eigener Erfahrung: Das Schicksal der Familie Hirt ist exemplarisch. Die Problematik in vier Punkten.

**1. Die Medizinische Versorgung**  
Eine Standardbehandlung für schwere Impfnebenwirkungen existiert bis jetzt nicht – dies auch, weil das Krankheitsbild sehr unterschiedlich ausfallen kann. Potenziell hilfreiche Therapien werden von den Krankenkassen nicht anerkannt. Haab kennt Dutzende Fälle, in denen Vereinsmitglieder Zehntausende Franken Behandlungskosten – mal sind es 10 000, dann 50 000 oder gar mehr als 100 000 Franken – aus dem eigenen Sack bezahlt haben. Längst nicht alle Betroffenen können das finanziell stemmen.

Patienten begeben sich auf eine Odyssee von Arztbesuchen. Teilweise erfahren sie Ablehnung, ihre Symptome werden als psychosomatisch abge-



«Gesundheitlich geht es meiner Frau und meinem Sohn mit den bekannten Schwankungen unverändert schlecht»: Michael Hirt (rechts) kämpft um eine bessere Unterstützung für seine Frau Corinne und Sohn Cedric. Sie leiden unter schweren Impfnebenwirkungen. Bild: Andrea Zahler (Uster, 17. Januar 2023)

tan. Zitate, die Haab von Hausärzten, aber auch Immunologen von Universitätsspitalern, gesammelt hat, dokumentieren die Ratlosigkeit. Der Tenor lautet: Pech gehabt, dass sie zur kleinen Minderheit gehören, die an Nebenwirkungen leidet, man kann nichts machen. Ein Mediziner empfahl: «Sie müssen einfach etwas Geduld haben. Essen Sie viele Orangen.» Der Verein Post Vac stellt online Angaben zu Therapieansätzen zur Verfügung.

Long-Covid-Betroffene berichten von ähnlichen Problemen. Es gibt Therapien, welche von den Krankenkassen nicht vergütet werden; es fehlt an Evidenz zu deren Wirksamkeit. Zwar existiert in der Schweiz eine Liste mit medizinischen Anlaufstellen. Der Bundesrat spricht in einem Bericht von einem «breiten Netz». Im gleichen Bericht stellt er aber auch fest, dass viele Ärzte zu wenig Bescheid wissen über Behandlungsmöglichkeiten und Long Covid gar nicht sicher diagnostizieren können. Chantal Britt vom Verein Long Covid sagte gegenüber unserer Zeitung: «Die Versorgungslage ist eine Katastrophe.»

### 2. Die Frage der Entschädigung

Wer mutmasslich wegen einer Impfung einen länger oder lang andauernden schweren Gesundheitsschaden erleidet, kann beim Bund Schadenersatz oder Genugtuung verlangen, sofern die

Behörden die Impfung empfohlen haben. Es können zum Beispiel Kosten für Erwerbsausfall oder Therapien geltend gemacht werden. Die öffentliche Hand springt nur ein, wenn andere Akteure nicht zahlen. Im vorliegenden Fall sind das Versicherer wie die IV oder die Krankenkasse, Ärzte (falls sie Sorgfaltspflichten verletzt haben) oder Impfstoffhersteller. Vieles deutet darauf hin, dass sich Letztere vertraglich gegen solche Forderungen abgesichert haben.

Im Zusammenhang mit der Covid-Impfung sind beim Innendepartement (EDI) bis jetzt rund 290 Gesuche eingegangen, wie eine Sprecherin sagt. In weniger als 10 Prozent davon lässt das EDI derzeit untersuchen, ob ein Kausalzusammenhang zwischen der Impfung und den geltend gemachten Gesundheitsschäden besteht. Bis jetzt hat der Bund noch in keinem einzigen Fall eine Entschädigung entrichtet. Laut einer EDI-Sprecherin ist es denkbar, dass der Bund noch in diesem Jahr erste Entschädigungen spricht.

Eine grosse Hürde ist der Nachweis eines Kausalzusammenhangs zwischen der Impfung und dem Auftreten der Beschwerden. Solche Belege zu erbringen, ist laut Ärzten und Juristen sehr schwierig. Bei Swissmedic sind bis Ende Januar 17 600 Verdachtsmeldungen eingegangen. Bei weniger als einem Prozent hält sie einen direkten Zusammenhang mit der Coronaimpfung für «sicher», bei

21 Prozent für «wahrscheinlich», bei 68 Prozent für möglich und bei knapp 4 für «unwahrscheinlich». Deutschland kennt ähnliche Entschädigungsregeln bei Impfschäden. Dort wurden 65 Millionen Personen mindestens einmal geimpft. 11 827 Personen haben ein Gesuch um Entschädigung gestellt, 467 haben bis jetzt eine erhalten. Das entspricht einem anerkannten Schaden pro 138 000 Impfungen, wie deutsche Medien berichteten. Je nach Fall werden entstandene Kosten vergütet, auch eine lebenslange Rente ist denkbar.

In der Schweiz trat das revidierte Epidemien gesetz 2016 in Kraft. Bei anderen Impfungen als Corona reichten bisher 6 Personen ein Gesuch um Entschädigung ein. Drei davon hat das Innendepartement abschliessend beurteilt. In zwei Fällen konnte kein Kausalzusammenhang zwischen der Impfung und den gesundheitlichen Schäden nachgewiesen werden, wie eine Sprecherin des Innendepartements sagt. In einem dritten Fall wurde der Kausalzusammenhang bejaht. Die Gesuchstellerin erhielt aber keine Entschädigung, da sie nur die Franchise und den Selbstbehalt gegenüber der Krankenkasse als Schaden geltend gemacht hatte – diese Kosten gelten aber nicht als Schaden im Sinne des Gesetzes.

Harzig verläuft in der Schweiz auch der IV-Prozess. Gregor Haab vom Verein Post Vakzin Syndrom Schweiz kennt viele Fälle, in denen Impfgeschädigte

seit etwa zwei Jahren auf einen Rentenentscheid warten. Betroffene würden für Nachweise von Arzt zu Arzt geschickt, die jedoch mangels Informationen über Post-Vac-Beschwerden die Symptome nicht einordnen könnten. Oder für die erforderlichen Therapien fehlt es schlicht an Angeboten, und die Patienten landen monatelang in der Warteschlange.

### 3. Das läuft politisch

Die vollständige Übernahme entstandener Behandlungskosten ist eine der Kernforderungen des Vereins Post-Vac Schweiz. Weiter verlangt er: Finanzielle Unterstützung bei Lohnausfall, juristische Support bei Schadenersatzforderungen, die Lancierung von Forschungsprojekten zu Nebenwirkungen oder die Schaffung einer medizinischen Anlaufstelle wie an der Universitätsklinik Marburg oder der Charité Berlin in Deutschland. Bis jetzt hat der Verein einen zählbaren Erfolg erzielt: Das Berner Kantonsparlament sprach sich im letzten September dafür aus, eine kantonale Anlaufstelle für Corona-Impfgeschädigte zu schaffen und eine interdisziplinäre Versorgung sicherzustellen.

Bei Bund, Kantonen und Behörden rennt der Verein Post-Vac aber gegen eine Wand. «Sie werden nicht von sich aus aktiv und weisen die Verantwortung von sich», sagt Haab. Der Bundes-

rat sagt zum Beispiel, die Errichtung einer spezifischen Anlaufstelle sei Sache der Spitäler, ihm fehle dafür die gesetzliche Grundlage. Zudem sei das Schweizer Gesundheitssystem in der Lage, mutmassliche Corona-Impfnebenwirkungen zu behandeln. «Ich wünschte mir, die Behörden engagierten sich mit gleichem Eifer für die Impfoffer wie für die Impfkampagne», sagt Haab. Der Verein Post-Vac versucht, seine Forderungen in allen Kantonen und auf Bundesebene in den politischen Prozess einzuspeisen. Haab steht in Kontakt mit Vertretern der Gesundheitskommission des Nationalrats.

Christoph Berger, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Impffragen, äusserte sich in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» zur Forderung nach Unterstützung und Anerkennung der Impfgeschädigten. Ja, es sei klar, dass es unerwünschte Impferscheinungen gebe, auch schwere, sagte Berger. «Und ja, wir müssen diese Personen und ihre Leiden ernst nehmen, ihnen auch helfen.» Man müsse untersuchen, wie man ihnen helfen könne. Er erklärte auch, dass man die Betroffenen, die an verschiedenen Symptomen litten, nicht alle gleich behandeln könne, sondern jeden einzelnen Fall individuell beurteilen müsse.

Wie bei Post-Covid-Betroffenen gebe es nicht *das* Mittel oder *die* Methode, um den Betroffenen zu helfen. Berger hielt fest, der Nutzen der Impfung sei weit grösser als das Risiko – was für einzelne Betroffene natürlich anders aussehe. In einem Bericht zur Situation von Long-Covid-Betroffenen verweist der Bundesrat auf Studien, gemäss denen zur vorgemipften Personensignifikant seltener und weniger lang Symptome einer Post-Covid-19-Beschwerde entwickeln als Ungeimpfte.

### 4. So reagiert Swissmedic auf die Vorwürfe der Impfgeschädigten

Privatpersonen können der Zulassungsbehörde Swissmedic unerwünschte Nebenwirkungen melden. Ärzte sind dazu verpflichtet. Haab kritisiert, viele Mediziner würden das aus zwei Gründen nicht tun: Weil der Aufwand dafür zu gross sei und weil Swissmedic generell ungenügend über mögliche Nebenwirkungen informiere. So sei zum Beispiel POTS (Posturales orthostatisches Tachykardiesyndrom), eine nachweislich bekannte Nebenwirkung, in der Patienteneinrichtung nicht erwähnt. Für Haab ist deshalb klar: «Es gibt eine massive Untererfassung der Fälle. Das ganze Ausmass der Nebenwirkungen wird massiv unterschätzt, die Problematik verniedlicht.» Das sei der Kern des Übels und schade den Betroffenen im Kampf um die Anerkennung ihrer Leiden.

Ein Swissmedic-Sprecher entgegnete, die Zulassungsbehörde habe während der Pandemie regelmässig und zeitnah über erhaltene Verdachtsmeldungen zu den Covid-19-Impfstoffen informiert, zum Beispiel auch im Zusammenhang mit Herzmuskelentzündungen. Auch weisse Swissmedic die Ärzte regelmässig auf die Meldepflicht hin. Swissmedic wolle die medizinischen Fachpersonen in Aus-, Fort- und Weiterbildung aber noch stärker auf das Thema sensibilisieren.

Für Haab ist das ein schwacher Trost. Er leitet CH Media ein Zitat einer Betroffenen weiter mit einem generellen Appell an die Behörden: «Wir wollen alle nur eines: unsere Gesundheit zurück! Nicht mehr und nicht weniger! Ist das zu viel verlangt?»